Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 49. Freitag, 27. Februar 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zur Erkrankung des Reichspräsidenten.

Besserung im Befinden.

Berlin. (Funkspruch.) Der heute morgen 10 Uhr herausgegebene ärztliche Bericht über Krankheit und Befinden des Reichspräsidenten lautet: Der Reichspräsident hat eine gute Nacht verbracht. Sein Befinden hat sich weiter gebessert.

)(Berlin. Wie über das Befinden des Reichspräsidenten noch mitgeteilt wird, war gestern abend gegen 10 Uhr **der Zustand des Patienten weiter etwas gebessert.** Er hatte normalen Pulsschlag; auch war die gefürchtete Temperatursteigerung ausgeblieben. Der „Zeit" zufolge soll das Befinden des Reichspräsidenten derart günstig sein, daß **Lebensgefahr nicht mehr besteht.**

Der **Magistrat von Berlin** hat an Frau Ebert folgendes Telegramm gerichtet: „Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgt die Reichshauptstadt Berlin die schwere Erkrankung des Herrn Reichspräsidenten und spricht ihre herzlichen Wünsche für baldige Besserung und Gesundung aus."

*

Oesterreichs Anteilnahme.

Wien. (Funkspruch.) Für den schwererkrankten Reichspräsidenten zeigt sich hier in den weitesten Kreisen der Bevölkerung allgemeine Teilnahme, die sich auch nach zahlreichen Erkundigungen bei der Deutschen Gesandtschaft und in den Teilnahmen der Blätter kundgeben. Die Neue Freie Presse stellt heute auf Grund der letzten Berliner Meldungen mit Befriedigung fest, daß der Krankheitszustand des Reichspräsidenten keine Steigerung erfahren hat. Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß der Reichspräsident noch lange Zeit daran behindert sein werde, seine amtliche Tätigkeit wieder aufzunehmen. Dies sei aber gerade in der gegenwärtigen Zeit sehr zu bedauern, wo Deutschland mehr als je seiner Leitung bedarf.

Der Notschrei des Saargebietes.

* Saarbrücken. Die gesamte Presse des Saargebietes veröffentlicht einen Wirtschaftsbericht, der die **katastrophale Auswirkung der Zollabschnürung auf das saarländische Wirtschaftsleben** behandelt. Der erste Abschnitt des Berichtes spricht von der saarländischen Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche und besagt, daß die Verhältnisse in der Schwerindustrie mit unerbittlicher Zwangsläufigkeit einer Krisis entgegentreiben. Die deutschen Aufträge bleiben nahezu vollkommen aus und die Unterbringung nennenswerter Aufträge auf dem französischen Markt sei wegen des noch vorhandenen Ueberangebots lothringischen Materials unmöglich. Da die Hütten immer noch auf eine baldige Regelung der Zollfrage hoffen, scheuen sie einstweilen noch vor dem letzten und äußersten Mittel der Betriebsstillegung zurück. In kürzester Frist werden **Betriebseinschränkungen und weiterhin Stillegungen unvermeidlich sein, sodaß 35 000 deutsche Hüttenarbeiter der Arbeitslosigkeit, der Not und der Verelendung anheimfallen.** In den übrigen Industrien, so in der Keramikindustrie, der Glasindustrie, würden sich ähnliche trostlose Bilder ergeben. Eine Reihe von Betrieben der Eisenindustrie, die ausschließlich für den deutschen Markt eingestellt sind, konnten ebenfalls infolge der untragbaren Zölle seit dem 10. Januar nichts mehr nach Deutschland umsetzen. Im zweiten Teil des Berichtes wird die **Frage der Einfuhr in das Saargebiet** behandelt. Es macht sich bereits ein Mangel an Erzeugnissen der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie bemerkbar. Ein Ersatz durch französische Fabrikate sei nicht möglich, weil auf diesem Gebiete Frankreich bisher überhaupt nichts produziert hat oder weil die Erzeugnisse zu schlecht seien. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß Handel und Industrie mit größter Besorgnis in die Zukunft blicken. Die Lebenshaltung der Saarbevölkerung wird weiterhin verteuert durch die Tatsache, daß die meisten Lebens- und Genußmittel, die Frankreich in gleicher Güte nicht zu liefern in der Lage ist, nach wie vor aus Deutschland bezogen werden müssen. Der Zweckverband der Krankenkassen des Saargebietes weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß eine besondere Einfuhrfreiheit für deutsche Medikamente gestattet werden müsse.

„Durchgreifende Forderungen an Deutschland".

London. (Funkspruch.) Unter der fettgedruckten Ueberschrift „Durchgreifende Forderungen an Deutschland" veröffentlicht „Daily News" einen Artikel, in dem es heißt, eine häßliche Lage entwickle sich im Zusammenhang mit der Frage der deutschen Abrüstung. **Die Räumung Kölns stehe jetzt in Gefahr, bis zum September oder Oktober, vielleicht sogar bis zum nächsten Jahr aufgeschoben zu werden.** In Versailles geschähen Dinge, die wirksam die Hände Großbritanniens binden würden, außer wenn es eine Krise in seinen Beziehungen zu Frankreich auf sich nehmen würde. Marschall Foch und die übrigen Mitglieder des Versailler Komitees seien dabei, auf den Bericht gestützte Forderungen an Deutschland zu formulieren. Trotzdem, daß die Beratungen in Versailles geheim seien, verlaute von inspirierter Seite, daß diese Forderungen von Deutschland in höchstens 6 bis 8 Monaten erfüllt werden könnten und daß das Versailler Komitee „fast einstimmig" zu seiner Ansicht gekommen sei. Europa stehe dann vor einer neuen Krise und der gute Wille Deutschlands für einen Sicherheitspakt sei dann vielleicht unwiderruflich verloren. Eine maßgebende Persönlichkeit habe erklärt, der Bericht enthalte sehr viel, was ernstlich verdammend sei, aber auch viel wertloses Gerede. Leider sei es das letztere, was Schwierigkeiten zu bereiten drohte. Chamberlains unzusammenhängende Auskunft auf diese Frage im Unterhaus am Mittwoch spiegele die Ansicht der britischen Regierung richtig wider, daß nämlich die volle ungekürzte Veröffentlichung stattfinden müsse oder überhaupt keine. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, Herriot vertrete die Ansicht, daß mit der deutschen Regierung durch die normalen diplomatischen Kanäle verhandelt werden könne. Daraus sei zu schließen, daß es **Herriot mit einer Konferenz nicht eilig habe.** „Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel, Chamberlain erkläre, daß mit der französischen Regierung keine Abmachung getroffen worden sei, die die Aktionsfreiheit Englands hinsichtlich der Kölner Räumungsfrage berühre, aber ein endgültiger Wechsel der Politik werde erforderlich sein, bevor Chamberlain die allgemeine Ueberzeugung ändern könne, daß die Haltung des Foreign Office gegenüber Deutschland immer noch von der Furcht, die Empfindlichkeit Frankreichs zu verletzen, beherrscht werde. Die Weigerung der britischen Regierung, Köln zu räumen, habe den Glauben Deutschlands an die Absicht Englands, zum Vertrage zu stehen, erschüttert. Das **einzige Mittel,** durch das sich das Foreign Office von diesem Verdacht befreien könne, sei **eine Einladung an die Deutschen zu einer Konferenz über den Bericht der Kontrollkommission,** auf der die Verfehlungen offen erörtert würden.

Ungarisch-deutsche Annäherung.

vdz. Berlin. Der frühere ungarische Handelsminister Baron Szterenyi hielt am Mittwoch in der Deutschen Gesellschaft zu Berlin vor einem geladenen Publikum einen Vortrag über das heutige Ungarn. Er bedauerte, daß in den letzten Jahren eine gewisse Entfremdung zwischen Deutschland und Ungarn eingetreten sei, die im wesentlichen nur auf Mißverständnisse zurückzuführen wäre. Ungarn und Deutschland aber, die beiden Länder, die besonders schwer unter den willkürlichen Friedensdiktaten der Gegner gelitten hätten, wären in mehr als einer Beziehung aufeinander angewiesen und darum sei es an der Zeit, **die traditionelle deutsch-ungarische Freundschaft zu erneuern.**

Der Redner schilderte die **schweren politischen Erschütterungen,** die Ungarn nach Beendigung des Krieges zunächst unter der Herrschaft der Ententefreunde, dann unter dem Schreckensregiment der Bolschewiki und schließlich unter dem Terror der reaktionären Freischaren durchgemacht habe. Diese Dinge gehörten jetzt glücklicherweise der Vergangenheit an. Seit drei Jahren habe Ungarn eine stabile Regierung, die allmählich mit den Erscheinungen der Nachkriegszeit gründlich aufräumt und der es gelungen ist, die Ordnung im Lande wieder herzustellen. Wenn auch in Ungarn von einer Demokratie im westlichen Sinne nicht gesprochen werden kann, so sei doch allmählich der Liberalismus wieder regierungsfähig geworden und die Regierung trete auch der konfessionellen Verhetzung entgegen, die als Begleiterscheinung der Reaktion auf die bolschewistische Schreckensherrschaft eingetreten war. In Ungarn ständen gegenwärtig zwei politische Probleme auf der Tagesordnung, die Reform des Wahlrechts und des Magnatenhauses. Die Wahlrechtsreform werde freilich nicht soweit gehen, wie in anderen demokratischen Staaten, weil besonders die bäuerliche Bevölkerung Ungarns aristokratisch eingestellt sei und als Nachwirkung der bolschewistischen Schreckensherrschaft der Begriff der Demokratie in Ungarn noch immer diskreditiert sei.

In der **Behandlung der deutschen Minderheiten** bemühe sich die Regierung, die schweren Fehler gut zu machen, die im alten Ungarn begangen wurden. Die Zahl der Deutschen in Ungarn beträgt 500 000. Ihre Rechte sind von der gegenwärtigen Regierung gewährleistet. Wenn in einer Ortschaft mindestens 20 Prozent der Einwohner sich zum Deutschtum bekennen, können sie eigene Schulen mit deutscher Unterrichtssprache errichten. Ebenso können sie in der Verwaltung und vor Gericht sich der deutschen Sprache bedienen. Die behördlichen Organe müssen der deutschen Sprache mächtig sein und sie im Verkehr mit der deutschen Bevölkerung anwenden. In den Mittelschulen ist der Unterricht in deutscher Sprache und deutscher Literatur obligatorisch. Die große Sympathie der ungarischen Bevölkerung für Deutschland zeigt sich bei jeder Gelegenheit. Mit besonderer Begeisterung wurden beispielsweise die Lichtbildvorführungen der Fahrt des Z. R. 3 aufgenommen und großen Jubel erregte es, wenn bei diesen Vorführungen das Deutschlandlied gespielt wurde.

An eine Darstellung der **handelspolitischen Entwicklung Ungarns** knüpfte der Redner die Bemerkung, man würde es in Ungarn freudig begrüßen, wenn bald ein **Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn** zustande käme und damit die Grundlage zu einer engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen den beiden Ländern gelegt würde.

Das Personalabbaugesetz.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über eine weitere Aenderung der Personalabbauverordnung zugegangen. Nachdem der allgemeine Personalabbau mit Ende Dezember 1924 im wesentlichen abgeschlossen ist, will die Regierung durch den vorliegenden Entwurf die Entscheidung der Frage, in welchen Verwaltungen ein weiterer Abbau zu erfolgen hat, der regelrechten Gesetzgebung übertragen. Die gänzliche Aufhebung der Abbauartikel hält die Regierung noch nicht für möglich, weil in manchen Reichsverwaltungen noch der Personalbestand vermindert werden kann, sobald eine Geschäftsvereinfachung und Geschäftsentlastung eingetreten ist. **Ein allgemeiner Abbau von Beamten und Angestellten soll nach der Verabschiedung des Gesetzes nicht mehr möglich sein.** Der Reichsrat hat die Vorlage gebilligt, aber die Pensionskürzungsvorschriften gänzlich gestrichen. Die Regierung hält demgegenüber an ihrer Vorlage fest. Sie betont die Notwendigkeit der Pensionskürzung, besonders in den Fällen, wo völlig dienstfähigen Personen infolge der Entmilitarisierung und des Personalabbaues Versorgungsgebührnisse gewährt werden mußten, denen Existenzmittel weit über das zum Lebensunterhalt erforderliche Maß hinaus zufließen. Die Pensionskürzung soll nach der Regierungserklärung aufhören, sobald diese Existenzmittel aus anderen Quellen nicht mehr vorhanden sind.

Ergebnislose Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter.

)(Berlin. Die **Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter,** die gestern nachmittag zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den am Tarifvertrage beteiligten Organisationen begonnen haben, **sind in der ersten Sitzung ohne Ergebnis geblieben.** Die Gewerkschaften verlangten ein erhebliches weiteres Entgegenkommen und wollen von ihren allgemeinen Forderungen nicht abgehen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn wird sich nunmehr mit diesen Fragen erneut beschäftigen, worauf **die Verhandlungen baldigst fortgesetzt** werden sollen.

Erhöhte Aufwertung nur für Kriegsanleihen?

* Berlin. Ueber den gegenwärtigen Stand der Aufwertungsfrage gehen den „Dr. Nachr." von einer Seite, die sich bisher als gut unterrichtet erwies, Mitteilungen zu, die von einem starken Pessimismus getragen sind. Danach sei **nicht damit zu rechnen, daß sich in der ganzen Aufwertungsfrage sehr viel ändern werde.** Innerhalb der Reichsregierung gehe die Meinung so ziemlich dahin, daß die Mittel des Reiches es nicht erlaubten, eine höhere Aufwertungsquote festzusetzen. Man könne direkt davon sprechen, daß innerhalb der Regierung eine Tendenz sich bemerkbar mache dahingehend, **die 3. Steuernotverordnung einfach als gegebene Tatsache hinzunehmen.**

Eine **verstärkte Aufwertung** würde lediglich hinsichtlich der **Kriegsanleihe** in Frage kommen. Aber auch hier wolle man die Aufwertung beschränken, indem sie auf die **ursprünglichen Zeichner** und von diesen wiederum auf **die notleidenden Kreise beschränkt** werden soll.

Die **Schwierigkeiten,** die sich auch darin zeigten, daß die von der Regierung in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe noch immer nicht vorlägen, hätten ihren Grund zum Teil in Erwägungen **außenpolitischer Natur,** zum Teil darin, daß man befürchte, daß eine erhöhte Aufwertungsquote Unordnung in den Etat bringe und die Durchführung des Dawes-Planes während der kommenden Jahre gefährden könnte. Hinzu trete auch noch die Stellungnahme der großen wirtschaftlichen Vereinigungen von Industrie, Landwirtschaft usw. Es zeige sich jedenfalls deutlich, daß einer höheren Aufwertung nicht nur technische, sondern auch große sachliche Schwierigkeiten gegenüberstünden.

Deutschland fordert einen neuen Rheinlandkommissar.

Berlin, 27. Februar. Von unterrichteter Stelle des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete bestätigt man uns die Meldung, daß die Reichsregierung schon seit einiger Zeit bemüht ist, durch diplomatische Unterhandlungen mit den alliierten Regierungen die Wiederernennung eines höheren deutschen Beamten als Verbindungsmann zwischen der Rheinlandkommission und den deutschen Regierungsstellen zu erreichen. Nach Auffassung der beteiligten deutschen Kreise besteht seit der Abberufung des deutschen Rheinlandkommissars, Fürst Hatzfeld, die dringende Notwendigkeit, die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung der besetzten Gebiete einer Persönlichkeit zu übertragen, die in ständiger Fühlungnahme zu der alliierten Rheinlandkommission steht. Es braucht sich dabei nicht direkt um die Wiedereinsetzung eines deutschen Rheinlandkommissars zu handeln, denn die deutsche Regierung würde sich damit begnügen, wenn die alliierten Regierungen eine von der Reichsregierung in Vorschlag gebrachte Persönlichkeit offiziell als mitberatendes Mitglied der Rheinlandkommission anerkennen. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, da sich tatsächlich die alliierten Regierungen bisher noch ziemlich ablehnend verhalten haben.

Modenschau - Wettiner Hof - Heute abend 8¹⁵ letzte Vorführung